

Halbjahresabschluss für das erste Halbjahr 2016

**der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft,
Hannover**



Halbjahresabschluss für das erste Halbjahr 2016 der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Inhalt

Zwischenlagebericht für das erste Halbjahr 2016

Halbjahresabschluss für das erste Halbjahr 2016

- Bilanz zum 30. Juni 2016
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 30. Juni 2016
- Verkürzter Anhang für das erste Halbjahr 2016
- Entwicklung des Anlagevermögens für das erste Halbjahr 2016

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover Zwischenlagebericht für das erste Halbjahr 2016 (ungeprüft)

1	Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1	Struktur und Organe	2
1.2	Strategie	2
2	Marktbezogene Entwicklung und wesentliche politische Rahmenbedingungen	3
2.1	Marktbezogene Entwicklung	3
2.2	Wesentliche politische Rahmenbedingungen	7
3	Geschäftsverlauf	10
3.1	Veränderungen in der Beteiligungsstruktur	10
3.2	Wesentliche Ereignisse des Berichtszeitraums	10
3.3	Umwelt und Innovation	10
3.4	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	11
4	Darstellung und Analyse der Lage	11
4.1	Ertragslage	12
4.2	Finanzlage	14
4.3	Vermögenslage	15
4.4	Gesamtaussage zur Lage	16
5	Nachtragsbericht	16
6	Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	16
6.1	Erwartete Entwicklung von SWH	16
6.2	Chancen- und Risikobericht	16

1 Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

1.1 Struktur und Organe

Stadtwerke Hannover AG. Die Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover, (SWH) ist als kommunales Energiedienstleistungsunternehmen operativ tätig und ist Muttergesellschaft des **Konzerns Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft** (SWH-Konzern). Sie ist ein in Deutschland nach dem Aktiengesetz registriertes Unternehmen und gehört zu den größten kommunalen Energieversorgungs- und -dienstleistungsunternehmen Deutschlands. Die Aktionärsstruktur der Gesellschaft blieb im ersten Halbjahr 2016 unverändert. Mit 75,09 Prozent ist die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) Hauptaktionärin. Mit ihr besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Daneben sind die Thüga AG, München, mit 24,0 Prozent und die Region Hannover mit 0,91 Prozent beteiligt. Die SWH wird in den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschluss der VVG einbezogen.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehören die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Energiehandel sowie alle Neben-, Hilfs- und Ergänzungsgeschäfte. Unter der Dachmarke „enercity“ werden Energie und Dienstleistungen für Privat- sowie Geschäftskunden angeboten. Der Umsatz wird nach wie vor im Wesentlichen im Inland in den Sparten Strom, Gas, Wasser, Fernwärme und Dienstleistungen erwirtschaftet.

Vorstand. Der Vorstand der SWH besteht aus drei Mitgliedern. Die Aufgaben des Vorstands sind in die Bereiche „Kaufmännische Direktion“, „Personaldirektion“ und „Technische Direktion“ aufgeteilt. Am 1. April 2016 hat Frau Dr. Susanna Zapreva-Hennerbichler den bisherigen Vorstandsvorsitzenden und Kaufmännischen Direktor Herrn Michael Feist, der zum 31. März 2016 in den Ruhestand gegangen ist, in seinem Amt abgelöst. Weitere Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstands liegen nicht vor.

In Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen strebt der Vorstand der SWH für die ihm nachgelagerten zwei Managementebenen einen Anteil von 30 Prozent beziehungsweise 25 Prozent bis zum 30. Juni 2017 an.

Für den Vorstand hat der Aufsichtsrat einen Anteil von 33 Prozent bis zum 30. Juni 2017 beschlossen.

Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat der SWH besteht grundsätzlich aus 20 Mitgliedern. Er überwacht die Geschäftsführung des Vorstands in dem von Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung gesetzten Rahmen und berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Der Aufsichtsrat ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz paritätisch mit Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmervertretern besetzt. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat stets eingebunden. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen, sind in der Satzung der SWH niedergelegt. Der Aufsichtsrat bildet aus seinen Mitgliedern drei Ausschüsse: einen Präsidial-, einen Finanz- sowie einen Beteiligungs- und Strategieausschuss.

Auch der Aufsichtsrat der SWH strebt an, die Anzahl von Frauen im Aufsichtsrat zu stärken und einen Anteil von insgesamt sieben Frauen (35 Prozent) zum 30. Juni 2017 zu erreichen. Dabei sollen vier Frauen Anteilseignervertreterinnen und drei Frauen Arbeitnehmervertreterinnen sein.

Beirat. Zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften, in deren Gebiet die SWH die Versorgung von Letztverbrauchern betreibt, sowie zur Beratung des Aufsichtsrats ist gemäß der Satzung der SWH ein ständiger Beirat eingerichtet.

1.2 Strategie

Das ordnungspolitische, regulatorische und wirtschaftliche Umfeld der Energieversorgung ist weiterhin durch massive Umbrüche geprägt, was dazu führt, dass die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen zunehmend volatil sind. Aktuelle energiepolitische Herausforderungen sind insbesondere der Umbau der deutschen und europäischen Energieversorgung unter Beachtung des energiepolitischen Dreiecks von Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbaren Preisen, die deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen als führende klimapolitische Zielstellung, der Rückgang der Wirtschaftlichkeit konventioneller Kraftwerke sowie die Gewährleistung von Planungssicherheit und Verlässlichkeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Steigerung der Effizienz des Energiesystems.

Neben den energiepolitischen Herausforderungen stellen die Liberalisierung der Energiemärkte und der damit verbundene zunehmende Wettbewerb und Margendruck sowie die weiterhin volatilen Energiepreise zusätzliche unternehmerische Anforderungen an die Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus ist durch die Digitalisierung, die in unserer Gesellschaft Platz greift, starke Veränderungsnotwendigkeit im Kundengeschäft erforderlich. Aus der Regulierung der Strom- und Erdgasnetze durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) resultieren sinkende Netzmargen, die bei der

gleichzeitigen Forderung nach einer weiterhin sehr hohen Versorgungsqualität zu einem starken wirtschaftlichen Druck führen. Hinzukommen weiter sinkende Margen in der Stromerzeugung, die insbesondere auf das Wachstum der Photovoltaik- und Windstromerzeugung in Deutschland zurückzuführen sind.

Mit diesen veränderten Rahmenbedingungen sind nachhaltige Ergebnisrisiken in den relevanten Geschäftssegmenten für Energieversorgungsunternehmen verbunden.

Aufgrund des sich weiter ändernden Marktumfeldes wurde zum Begegnen der Herausforderungen und für die Ausrichtung des Unternehmens im Mai 2016 ein tiefgreifender "Strategie- und Transformationsprozess" gestartet. Dieses Programm besteht aus drei Komponenten. Die erste ist die Strategie des Unternehmens. Dabei wird eine umfassende Unternehmensstrategie erarbeitet, die insbesondere neue Zukunftsthemen wie z.B. eine Digitalisierungsstrategie über alle Wertschöpfungsstufen hinweg, umfasst. Das zweite wesentliche Element ist die Struktur des Unternehmens, die erforderlich ist um die neue Strategie umzusetzen. Und nicht zuletzt auch das Thema Kultur, das intensiv behandelt werden muss, um die Herausforderung der Zukunft zu bewältigen und das Unternehmen erfolgreich zu führen.

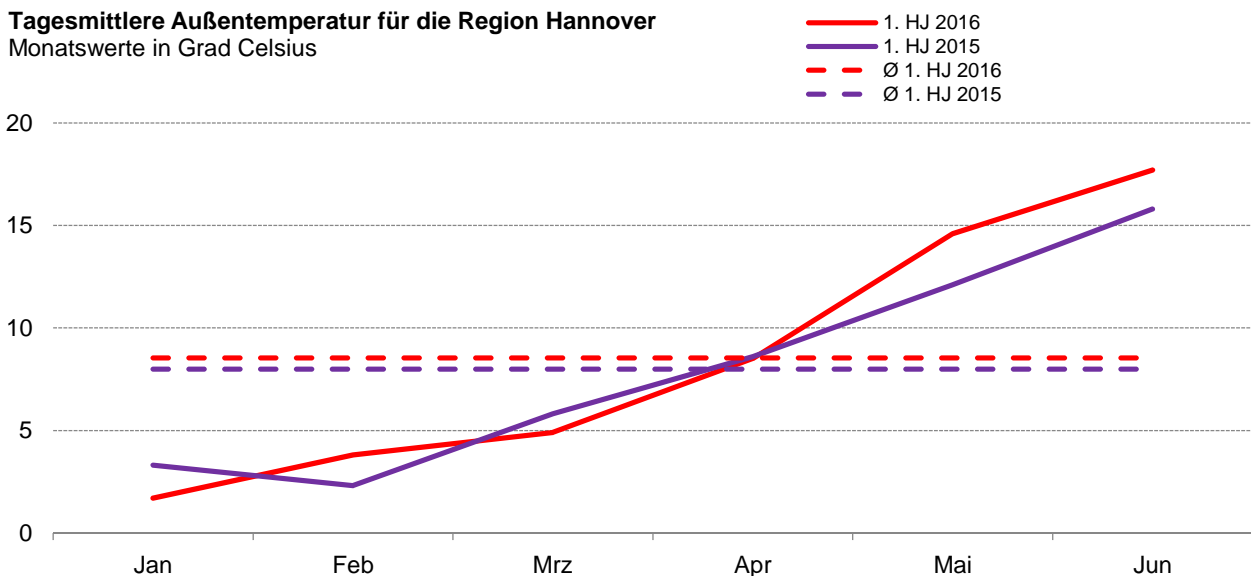
SWH positioniert sich weiterhin als erfolgreicher Energiedienstleister über die bestehenden Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Gewinnung, Handel, Speicherung sowie Verteilung und Vertrieb für Strom, Gas, Fernwärme und Wasser im Markt.

2 Marktbezogene Entwicklung und wesentliche politische Rahmenbedingungen

2.1 Marktbezogene Entwicklung

Witterungseinflüsse. Im ersten Halbjahr 2016 lagen die tagesmittleren Außentemperaturen in der Region Hannover insgesamt über den Temperaturen des ersten Halbjahres 2015 (Durchschnitt erstes Halbjahr 2016: 8,5 Grad Celsius; Durchschnitt erstes Halbjahr 2015: 8,0 Grad Celsius).

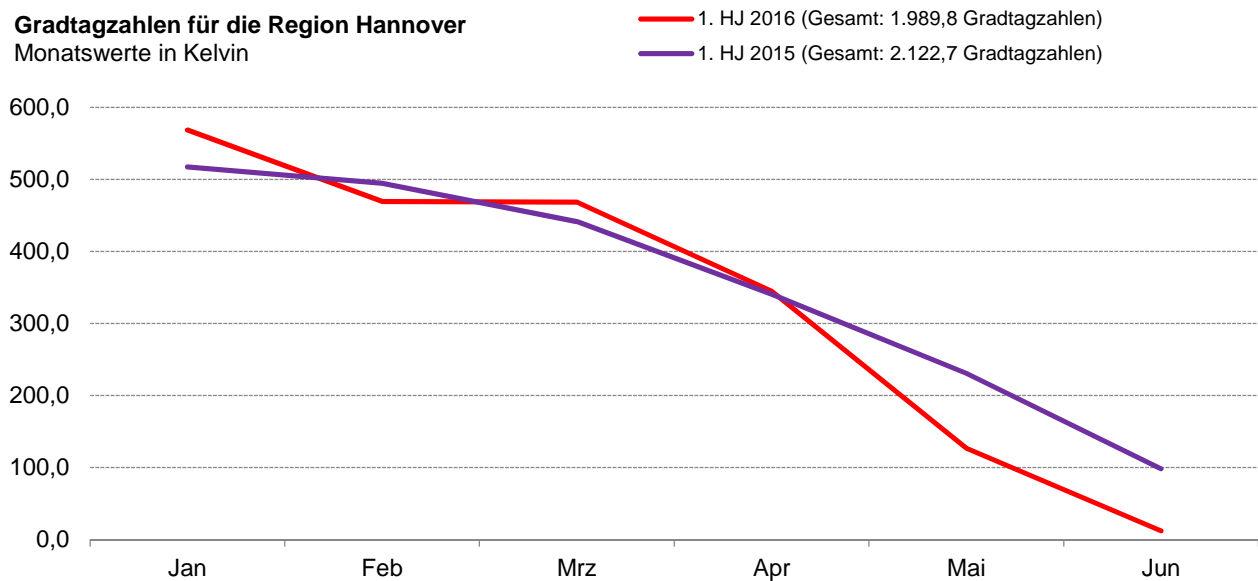
Tagesmittlere Außentemperatur für die Region Hannover
Monatswerte in Grad Celsius



Dem Temperaturverlauf des ersten Halbjahres 2016 entsprechend lagen die Gradtagzahlen¹ insgesamt unter dem Wert des Vorjahresvergleichszeitraums.

¹ Die Gradtagzahl ist eine heiztechnische Kenngröße, die den Zusammenhang zwischen der Außenlufttemperatur und der gewünschten Raumtemperatur herstellt. Die Berechnung folgt der VDI-Richtlinie 3807 bei einer Raumtemperatur von 20 Grad Celsius und einer Heizgrenztemperatur von 15 Grad Celsius.

Gradtagzahlen für die Region Hannover
Monatswerte in Kelvin



Anhaltender Rückgang der Stromnotierungen am Terminmarkt. Im ersten Halbjahr 2016 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2015 notierten die Kontrakte auf dem Terminmarkt der EEX wie im Folgenden dargestellt (in EUR je MWh):

1. HJ 2016	Strompreis Baseload			Strompreis Peakload		
	in EUR je MWh					
Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2017	23,90	20,85	28,14	30,19	27,32	34,98
2018	23,20	20,02	27,77	29,38	26,38	34,42

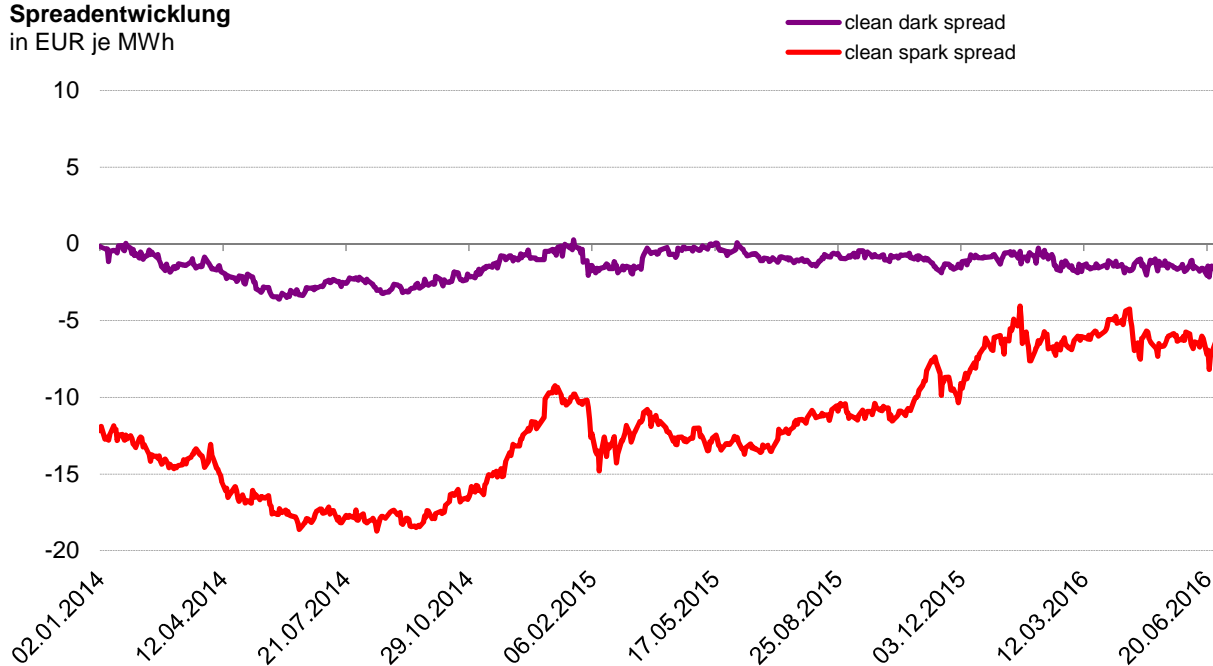
2015	Strompreis Baseload			Strompreis Peakload		
	in EUR je MWh					
Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2016	30,97	27,94	33,97	39,06	34,77	43,58
2017	30,25	26,40	33,01	38,47	33,33	42,72

1. HJ 2015	Strompreis Baseload			Strompreis Peakload		
	in EUR je MWh					
Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2016	32,03	31,23	33,97	40,61	39,53	43,58
2017	31,59	30,87	33,01	40,24	39,36	42,72

Insgesamt ergab sich auch im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein weiterer Preisrückgang für Lieferungen im Jahr 2017 von 7,69 EUR je MWh beziehungsweise 24,3 Prozent für Baseload und von 10,05 EUR je MWh beziehungsweise 25,0 Prozent für Peakload. Der Abwärtstrend der Vorjahre setzt sich somit weiter fort. Die Ursachen liegen weiterhin in dem stetig steigenden Ausbau der erneuerbaren Energien sowie dem weiter gesunkenen Preisniveau für Kohle. Auch für das Lieferjahr 2018 ergeben sich aktuell weiter sinkende Preisnotierungen.

Erzeugermarge der Kraftwerke. Da das Erzeugungsportfolio zum Großteil aus Steinkohle- und Gaskraftwerken besteht, ist die Ergebnisentwicklung insbesondere durch die realisierten Clean Dark Spreads und Clean Spark Spreads geprägt. Der Terminmarkt für das Lieferjahr 2017 zeigt die beiden Entwicklungen. Der Clean Dark Spread liegt seit 2014 im negativen Bereich und lag im ersten Halbjahr 2016 bei durchschnittlich –1,32 EUR je MWh. Bedingt durch den zunehmenden Einfluss der regenerativen Kapazitäten bis in den Grundlastbereich sind hier Steinkohleanlagen nicht mehr marktfähig, werden im Offpeak-Bereich zunehmend nicht eingesetzt und damit wird die Marktsituation überwiegend von den Peak-Erlösen bestimmt. Beim Clean Spark Spread erfolgte in 2014 eine Trendumkehr und seit etwa Mitte 2014 steigt der Wert an. Der Anstieg endete Anfang 2016 und festigte sich im ersten Halbjahr 2016 auf einem Niveau von im Mittel –6,18 EUR je MWh. Wesentlicher Grund hierfür ist, dass der Verfall der Erdgaspreise Anfang 2016 stoppte und die Preise seit dem zweiten Quartal 2016 wieder ansteigen.

Spreadentwicklung
in EUR je MWh

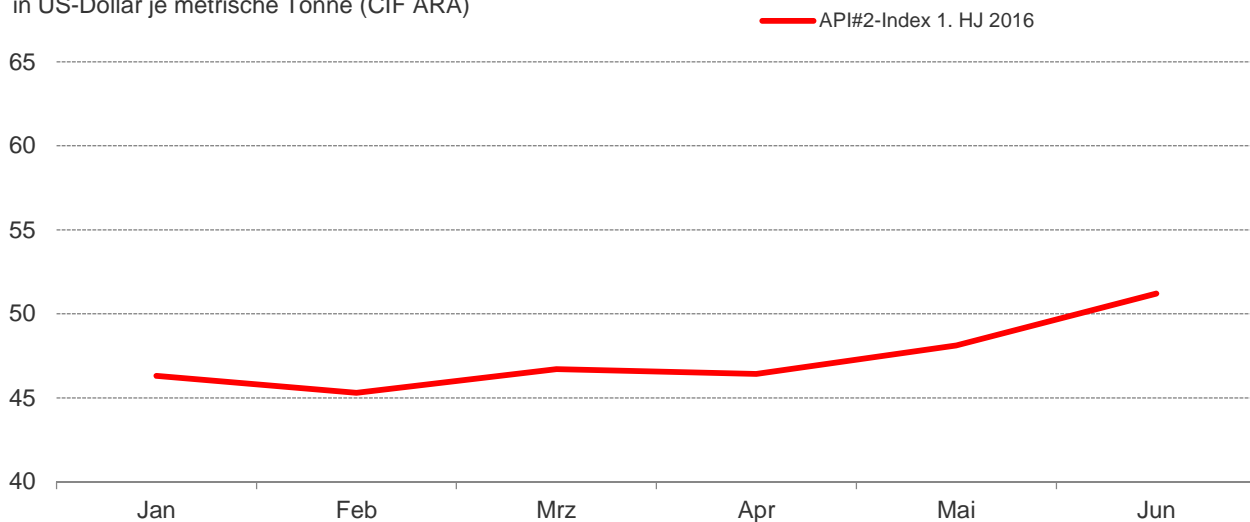


Rückläufige Gaspreise am Terminmarkt. Im ersten Halbjahr 2016 lag der Durchschnittspreis für das Lieferjahr 2017 im Marktgebiet der Title Transfer Facility (TTF) mit durchschnittlich 14,57 EUR je MWh um –7,00 EUR je MWh beziehungsweise –32,45 Prozent unter dem des Vorjahreszeitraums (21,57 EUR je MWh).

Kohlenotierungen. Die monatlichen Kohlenotierungen (API#2-Index²) für Lieferungen nach Nordwesteuropa bewegten sich im ersten Halbjahr 2016 in einer Bandbreite von 5,91 US-Dollar/t. Nachdem der langjährige Abwärtstrend im Februar bei 45,29 US-Dollar/t gestoppt wurde, stiegen die Notierungen bis auf 51,20 US-Dollar/t im Juni an. Insgesamt lagen die Kohlenotierungen während des ersten Halbjahres 2016 um 21,5 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum 2015.

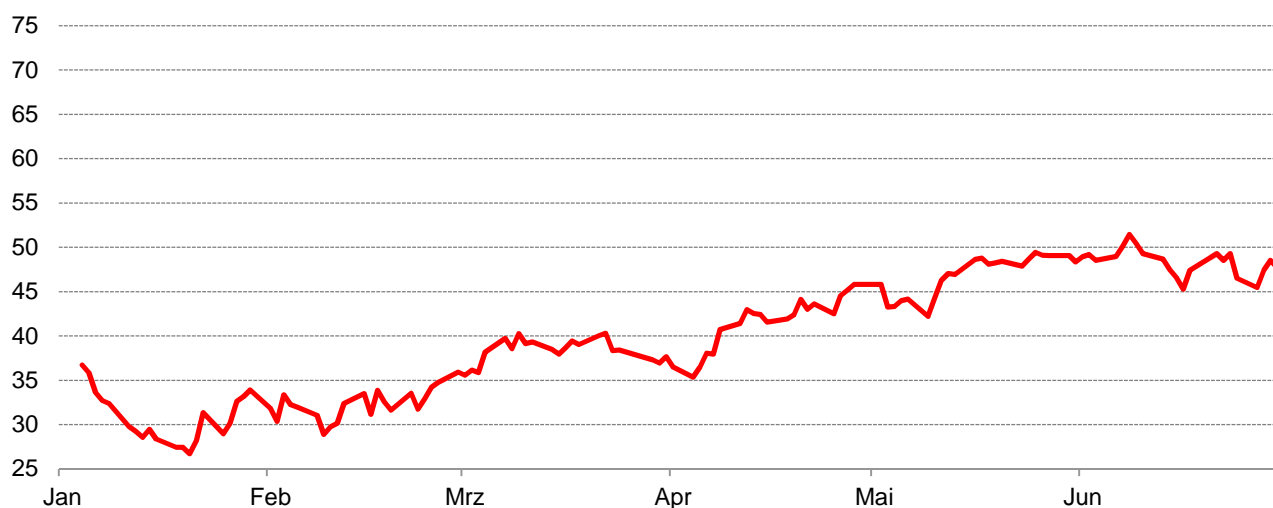
² API#2-Index: Preis in US-Dollar je metrische Tonne für Importe CIF ARA (Amsterdam/Rotterdam/Antwerpen) für Steinkohle mit einem Heizwert von 6.000 kcal/kg

Kohlenotierungen (API#2-Index)
in US-Dollar je metrische Tonne (CIF ARA)



Steigende Ölpreise. Der bereits im zweiten Halbjahr 2014 einsetzende deutliche Preisrückgang setzte sich im ersten Halbjahr 2016 zunächst fort. So lag der bisherige Jahrestiefstwert für einen Barrel der Nordseeölsorte Brent-Rohöl an der International Commodities Exchange (ICE) in London im Januar 2016 bei 26,72 US-Dollar. Im Juni 2016 stieg der Ölpreis erstmals seit Oktober 2015 wieder über die Marke von 50 US-Dollar je Barrel und erreichte seinen bisherigen Jahreshöchstwert von 51,43 US-Dollar je Barrel. Ursächlich für den Preisanstieg sind im Wesentlichen die sinkenden Ölreserven der USA. Insgesamt lagen die Handelspreise für einen Barrel Brent-Rohöl im ersten Halbjahr 2016 bei durchschnittlich 39,72 US-Dollar (Gesamtjahr 2015: 52,39 US-Dollar je Barrel; erste Halbjahr 2015: 57,87 US-Dollar je Barrel).

Brent Dated
in US-Dollar je Barrel (ICE)



Sinkendes Preisniveau am CO₂-Markt. Das Futureprodukt der EEX EUA Mid Dec 2016 zeigte im ersten Halbjahr 2016 einen Durchschnittspreis von 5,71 EUR/tCO₂ und lag damit um –20,9 Prozent unter dem Durchschnittspreis des Vergleichszeitraums. Ursächlich für den Preisverfall sind unter anderem die fallenden Rohstoff- und Strompreise.

Notierungen für CO ₂ -Zertifikate	1. Halbjahr 2016 EEX Future EUA Mid Dec 2016	2015 EEX Future EUA Mid Dec 2015	1. Halbjahr 2015 EEX Future EUA Mid Dec 2015
in EUR je Tonne CO ₂			
Durchschnitt	5,71	7,70	7,22
Tages-Maximum	8,12	8,68	7,78
Tages-Minimum	4,48	6,44	6,44

2.2 Wesentliche politische Rahmenbedingungen

Rahmenstrategie zur Energieunion. Im Februar 2015 stellte die Europäische Kommission ihre Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie vor. Ziel der Energieunion ist die Versorgung der Verbraucher in der EU mit sicherer, nachhaltiger, auf Wettbewerbsbasis erzeugter und erschwinglicher Energie. Zur Zielerreichung konzentriert sich die Energieunion auf fünf sich gegenseitig unterstützende Komponenten: Versorgungssicherheit, einem vollständig integrierten europäischen Energiemarkt, Energieeffizienz als Beitrag zur Senkung des Energiebedarfs, Verringerung der CO₂-Emissionen aus der Wirtschaft sowie Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit im Energiebereich. Dabei stützt sich die Rahmenstrategie zur Energieunion auf den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und die Strategie für Energieversorgungssicherheit. Mitte März 2015 wurde die Rahmenstrategie zur Energieunion vom Europäischen Rat weitgehend bestätigt und Ende November 2015 verständigte sich der Ministerrat der EU auf Grundsätze zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele. Ein besonderes Augenmerk liegt bei der Umsetzung der Energieunion zunächst auf der tatsächlichen Umsetzung der Energiebinnenmarktregeln sowie auf der Überprüfung des Marktdesigns.

Europäischer Emissionshandel. Der Europäische Rat hatte sich im Oktober 2014 auf die Leitlinien für die EU-Energie- und Klimaziele bis zum Jahr 2030 verständigt. In Bezug auf die Treibhausgase soll bis zum Jahr 2030 eine Reduktion von 40 Prozent (gegenüber dem Basisjahr 1990) erreicht werden. Dieses Ziel soll wie bisher auch auf Ebene der Mitgliedstaaten individuell verpflichtend ausgestaltet werden. Kernpunkte der am 15. Juli 2015 von der EU-Kommission vorgeschlagenen Novelle des EU-Emissionshandelssystems sind der sogenannte lineare Reduktionfaktor in Höhe von 2,2 Prozent und die Festlegung, dass Erlöse aus 310 Mio. auktionierten Zertifikaten in einen Modernisierungsfonds fließen sollen. Der Modernisierungsfonds soll für den Zeitraum 2021 bis 2030 eingerichtet werden und Staaten Zugang zu dessen Mitteln gewähren, die weniger als 60 Prozent des europäischen Durchschnitts-BIP/Kopf erreichen. Bisher sollte die zugelassene jährliche Menge an Emissionsrechten um 1,74 Prozent reduziert werden. Die Novelle wird derzeit in den Ratsgruppen erörtert.

Strommarkt 2.0. Im Juli 2015 legte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zunächst das Weißbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ vor, mit dem sich das BMWi klar für eine Weiterentwicklung des bestehenden Strommarktes hin zu einem Strommarkt 2.0 ausspricht. Mit dieser Grundsatzentscheidung wurde die Einführung eines Kapazitätsmarktes abgelehnt. Das BMWi geht davon aus, dass der Strommarkt 2.0 Versorgungssicherheit gewährleistet, kostengünstiger als ein Kapazitätsmarkt ist, Anreize für Innovationen schafft und die Integration hoher Anteile erneuerbarer Energien ermöglicht.

Im September 2015 legte das BMWi einen Referentenentwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz) vor, mit dem wichtige Punkte des „Eckpunktepapiers für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende“ vom 1. Juli 2015 und die Kernpunkte des Weißbuchs zum Strommarkt umgesetzt werden sollen. Bei dem Strommarktgesetz handelt es sich um ein Mantelgesetz, das verschiedene Gesetze und Verordnungen, wie beispielsweise das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie die Reservekraftwerksverordnung, ändert.

Wichtige Maßnahmen des Strommarktgesetzes sind unter anderem:

- Garantie der freien Preisbildung
- Überwachung der Versorgungssicherheit
- Einführung einer Kapazitätsreserve
- Weiterentwicklung der Regelleistungsmärkte
- Erhöhung der Transparenz im Strommarkt
- Verlängerung der Netzreserve

Zusätzlich sieht das Strommarktgesetz vor, dass Braunkohlekraftwerksblöcke mit einer Gesamtleistung von 2,7 GW schrittweise ab Herbst 2016 aus dem Markt genommen und vorläufig stillgelegt werden. Für jeweils vier Jahre stehen diese Kraftwerke als letzte Absicherung der Stromversorgung bereit, bevor sie nach Ablauf der vier Jahre endgültig stillgelegt werden. Diese befristete Überführung von Braunkohlekraftwerken in eine Sicherheitsbereitschaft und ihre anschließende endgültige Stilllegung soll einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zur Versorgungssicherheit leisten.

Die nähere Ausgestaltung der Kapazitätsreserve erfolgt in der Verordnung zur Regelung des Verfahrens der Beschaffung, des Einsatzes und der Abrechnung einer Kapazitätsreserve (Kapazitätsreserveverordnung - KapResV). Die Kapazitätsreserve wird außerhalb des Strommarktes eingerichtet und soll die Versorgungssicherheit auch bei nicht vorhersehbaren Ereignissen gewährleisten. Zentrales Merkmal der Kapazitätsreserve ist, dass diese nur Kraftwerke umfasst, die nicht am Strommarkt teilnehmen. Die Reserve fungiert als ein zusätzlicher Kapazitätspuffer, um nicht vorhersehbare, außergewöhnliche Extremsituationen abzufangen. Für die Reserve ist eine Größe von circa 4,4 GW vorgesehen und wird in einer technologieneutralen Ausschreibung gemeinsam von den vier Übertragungsnetzbetreibern beschafft.

Am 24. Juni 2016 hat der Bundestag das neue Strommarktgesetz beschlossen und Anfang Juli 2016 wurde es vom Bundesrat gebilligt. Die Kapazitätsreserveverordnung tritt nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zum Strommarktgesetz in Kraft.

Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende. Mit dem Gesetzentwurf zur Digitalisierung der Energiewende sollen die Rahmenbedingungen für intelligente Netze geschaffen werden. Das Gesetz regelt die Pflicht zum Einbau und die technischen Mindestanforderungen für moderne und kommunikationsfähige Stromzähler und intelligente Messsysteme (Smart Meter). Am 4. November 2015 hat das Bundeskabinett den vorgelegten Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende beschlossen. Kernpunkte des Gesetzentwurfes sind neben den technischen Mindestanforderungen zur Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit, der abschließenden Regelung des zulässigen Datenverkehrs sowie der Regelungs- und Regulierungsrahmen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen insbesondere der stufenweise Einbau der intelligenten Messsysteme, der durch ein neues Messstellenbetriebsgesetz geregelt werden soll. Das Messstellenbetriebsgesetz regelt zunächst die technischen Vorgaben für den Einbau und Betrieb der modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsysteme, beinhaltet aber auch die buchhalterische Entflechtung für den grundzuständigen Messstellenbetreiber. Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wurde am 23. Juni 2016 vom Bundestag verabschiedet und am 8. Juli 2016 vom Bundesrat gebilligt.

Neuregelung des KWKG-Gesetzes in Kraft getreten. Am 1. Januar 2016 ist die Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) in Kraft getreten. Die Neuregelung des KWKG beinhaltet unter anderem als Ausbauziel einen KWK-Anteil an der Nettostromerzeugung von 110 TWh bis zum Jahr 2020 sowie von 120 TWh bis zum Jahr 2025. Zur Erreichung des Ausbauziels ist unter anderem eine verbesserte Förderung von neuen KWK-Anlagen in Höhe von jährlich 1,5 Mrd. EUR sowie eine Verlängerung des Förderrahmens bis zum Jahr 2022 vorgesehen. Außerdem beinhaltet die Neuregelung die Einführung von Zuschlägen für den Bestand an Gas-KWK-Anlagen, wobei eine Ausschlussklausel dazu führt, dass „Early Mover“ bei der Modernisierung mit Erweiterung von hocheffizienten Gas-KWK-Anlagen leer ausgehen, dazu zählt auch die Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) in Hannover-Linden (bekannt unter Heizkraftwerk Linden (HKW Linden)). Voraussetzung für die Förderung ist unter anderem eine elektrische Leistung von mehr als 2 MW sowie die Einspeisung ins öffentliche Netz. Anlagen, die bereits nach dem KWKG gefördert werden, haben keinen Anspruch auf diese Förderung. Die Durchführung bestimmter Fördermaßnahmen des KWKG 2016 steht allerdings unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU-Kommission, die derzeit noch nicht erfolgt ist.

Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG 2017). Bei der EEG-Novelle 2014 wurde entschieden, die Fördersätze für Erneuerbare-Energien-Anlagen in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren zwischen den Anlagenbetreibern zu ermitteln und damit die Entwicklung des EEG in Richtung mehr Marktnähe und Wettbewerb voranzutreiben. Mit der Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, dem EEG 2017, soll nun die Grundlage dafür geschaffen werden, die Vergütung des erneuerbaren Stroms ab 2017 nicht wie bisher staatlich festzulegen, sondern durch Ausschreibungen am Markt zu ermitteln. Die Ausschreibung der Förderung hat das Ziel, den Ausbau der erneuerbaren Energien stetig und kosteneffizient fortzusetzen und ist von drei Leitgedanken geprägt:

- **Bessere Planbarkeit:** Die Ausbaukorridore für erneuerbare Energien nach dem EEG 2014 sollen weder über- noch unterschritten, sondern eingehalten werden. Der zukünftige Ausbau soll durch die Ausschreibungen effektiv gesteuert werden.
- **Mehr Wettbewerb:** Insgesamt sollen die Kosten des EEG möglichst gering gehalten werden. Daher soll Strom aus erneuerbaren Energien nur in der Höhe vergütet werden, die für einen wirtschaftlichen Anlagenbetrieb erforderlich ist. Mit den Ausschreibungen soll der Wettbewerb zwischen den Anlagenbetreibern gefördert und die Kosten des Fördersystems gering gehalten werden.
- **Hohe Vielfalt:** Die Akteursvielfalt unter den Anlagebetreibern soll erhalten bleiben und die Ausschreibungen sollen allen Akteuren faire Chancen einräumen. Vor diesem Hintergrund soll das Ausschreibungsmodell so einfach und transparent wie möglich gestaltet werden.

Mit der Reform des EEG soll das neue Ausschreibungsmodell zur Förderung der erneuerbaren Energien gesetzlich verankert werden. Dabei konzentriert sich das neue Modell auf die Technologien, die den größten Beitrag zur Erreichung der Ausbauziele des EEG 2014 leisten sollen: Windenergie an Land, Windenergie auf See, solare Strahlungsenergie sowie Biomasse. Für die Technologien wird jeweils ein eigenes Ausschreibungsmodell festgelegt, das die Besonderheiten der jeweiligen Technologie berücksichtigt.

Am 8. Juni 2016 hat die Bundesregierung die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beschlossen. Am 8. Juli 2016 hat der Bundestag der Reform zugestimmt und der Bundesrat sie gebilligt. Das Inkrafttreten zum 1. Januar 2017 ist jetzt nur noch von der Genehmigung durch die EU-Kommission abhängig.

Grenzüberschreitende-Erneuerbare-Energien-Verordnung von der Bundesregierung verabschiedet. Anfang Juni 2016 hat die Bundesregierung die Grenzüberschreitende-Erneuerbare-Energien-Verordnung verabschiedet. Mit der Grenzüberschreitenden-Erneuerbare-Energien-Verordnung werden die Vorgaben aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2014 umgesetzt, mit denen eine stärkere europäische Integration der Energiewende ermöglicht werden soll. So werden ab dem Jahr 2017 die Ausschreibungen zur Förderung erneuerbarer Energien für fünf Prozent der jährlich zu installierenden Leistungen für Anlagen aus anderen EU-Mitgliedstaaten auf Basis der Gegenseitigkeit geöffnet. Zunächst soll die Verordnung in diesem Jahr für Pilotausschreibungen für Photovoltaik-Freiflächen greifen. Ab 2017 erfolgt dann die anteilige Öffnung für andere Technologien.

Änderung der Anreizregulierungsverordnung. Mit steigendem Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung, den Anforderungen an intelligente Netze und den notwendigen Reinvestitionen steigt der Investitionsbedarf in die Energienetze. Daher müssen die Investitionsbedingungen in die Verteilernetze verbessert werden. Gleichzeitig soll auch die Kostenbelastung für Netzkunden im Blick behalten werden. Um diese Anforderungen umsetzen zu können, hat das BMWi im April 2016 einen Entwurf zur Novellierung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) vorgelegt, der aus drei zentralen Bausteinen besteht:

- Zur Verbesserung der Investitionsbedingungen werden zur Finanzierung der Verteilernetze die Investitionskosten ohne Zeitverzug anerkannt. Damit sollen Investitionen umgehend über die Netzentgelte refinanziert werden. Gleichzeitig fließen auch Kostensenkungen durch sinkende Abschreibungskosten unmittelbar in die Netzentgelte ein. Der bisherige pauschale Sockelbetrag entfällt damit.
- Effizianzanreize sollen verschärft werden, indem der Abbaupfad für Ineffizienzen von vier auf zwei Jahre halbiert wird.
- Die Veröffentlichung von Erlösobergrenzen, Strukturdaten und ähnlichem soll für mehr Transparenz sorgen.

Anfang Juni 2016 hat das Bundeskabinett den Entwurf der Novellierung der ARegV verabschiedet. Am 8. Juli hat der Bundesrat dem Regierungsentwurf mit einigen Änderungen zugestimmt. Die Bundesregierung verabschiedete die ARegV unter Berücksichtigung der Änderungswünsche des Bundesrates Anfang August 2016.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Veränderungen in der Beteiligungsstruktur

Gründung der enercity Immobilien GmbH & Co. KG. Anfang Januar 2016 wurden die enercity Immobilien GmbH & Co. KG, Hannover, (eIG), sowie die enercity Immobilienverwaltungs GmbH, Hannover, (eIVG), jeweils als 100-prozentiges Tochterunternehmen der SWH gegründet. Im Rahmen der Sachgründung der eIG wurden alle Bestandsimmobilien der Standorte Glocksee und Ricklingen zu Buchwerten auf die Gesellschaft übertragen. Die Gründung der Komplementärin eIVG erfolgte durch Einzahlung des Stammkapitals in Höhe von 25 TEUR.

3.2 Wesentliche Ereignisse des Berichtszeitraums

Veränderung Strom-, Gas- und Wasserpreise. Zum 1. Januar 2016 wurde der Tarifpreis für Gas um durchschnittlich 3,1 Prozent gesenkt, die Tarifpreise für Strom um durchschnittlich 1,9 Prozent sowie für Wasser um durchschnittlich 1,6 Prozent erhöht.

3.3 Umwelt und Innovation

Umweltschutz in der SWH-Unternehmensstrategie. Als Unternehmen der Daseinsvorsorge ist SWH dem Umwelt- und Klimaschutz in besonderer Weise verpflichtet. Ökologisches Verantwortungsbewusstsein ist mit Blick auf die Region Hannover sowie als Reaktion auf die sich wandelnden Anforderungen an eine ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Energieerzeugung auf dem Energiemarkt ein integraler Bestandteil der Unternehmensstrategie. SWH ist im Rahmen des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover“ Umweltschutzverpflichtungen zur CO₂-Reduktion und Ausweitung der Stromerzeugung durch regenerative Energien und KWK bis zum Jahr 2020 eingegangen. Zur Einhaltung hat SWH ein Maßnahmen-Portfolio definiert, das die vereinbarten Ziele vollumfänglich erfüllt. Eine Fortschreibung der Klima-Allianz-Verpflichtung von SWH bis 2030 wurde darüber hinaus mit der Landeshauptstadt Hannover vereinbart.

SWH-Umweltmanagement. Das SWH-Umweltmanagementsystem wird seit 2005 von der Landeshauptstadt Hannover als Ökoprot-Betrieb ausgezeichnet. Das Umweltmanagement umfasst die maßgeblichen gesetzlichen Anforderungen, ein verbindliches Wertesystem in Form von Umweltleitlinien, festgelegte Instrumente zur Umsetzung der Leitlinien, verantwortliche Funktionsträger und interne Regelungen. Die Einhaltung der Anforderungen wird im Rahmen interner und externer Auditierungen regelmäßig kontrolliert.

Klima-Allianz Hannover 2020/2030. SWH befindet sich in der Umsetzung des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover 2020“. Die wirksamsten lokalen Klimaschutzmaßnahmen sind die Inbetriebnahme der modernisierten und erweiterten GuD-Anlage des HKW Linden und die Fortsetzung des Fernwärmeausbauprogramms. Die GuD-Erweiterung hat in diesem Zusammenhang ein jährliches CO₂-Einsparpotenzial von bis zu 200.000 Tonnen, das sich jedoch aktuell in Folge des stark verzerrten Strommarktes durch die Erneuerbaren nur im begrenzten Umfang und langsamer als geplant umsetzen lässt. Der Fernwärmeausbau mit einer geplanten zusätzlichen Anschlussleistung von insgesamt 215 MW brutto im Zeitraum 2006-2020 verläuft überplanmäßig. Im ersten Halbjahr 2016 konnten Übergabestationen mit einer Anschlussleistung von insgesamt etwa 3,3 MWth in Betrieb genommen werden. Der Ausbau im Geschäftsfeld Contracting auf Basis erneuerbarer Energien entwickelt sich ebenfalls entsprechend den Planungen und ist mit einer jährlichen Einsparung von insgesamt über 400.000 Tonnen CO₂ inzwischen die bedeutendste Maßnahme im Klima-Allianz-Maßnahmenprogramm von SWH. Sämtliche Unternehmensziele im Rahmen der Klima-Allianz 2020 wurden bereits im Jahr 2015 vorzeitig erreicht. SWH setzt ihr nachhaltiges Engagement im Klimaschutz fort und hat sich im Rahmen einer Fortschreibung des SWH-Beitrags zur Klima-Allianz neue Ziele bis zum Jahr 2030 gesetzt. Der Ausbau der regenerativen Stromerzeugung erfährt darin eine herausragende Gewichtung.

Umweltfreundliche Stromerzeugung. Auch in der ersten Jahreshälfte 2016 stellt die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) weiterhin das Rückgrat der Eigenerzeugung dar. Unter Berücksichtigung von Erzeugungskapazitäten der Beteiligungsgesellschaften beträgt die Strommenge aus Anlagen, die nach dem Prinzip der KWK betrieben werden, im Berichtszeitraum 1.322 GWh (Gesamtjahr 2015: 2.243 GWh). Die erneuerbaren Energieträger (im Wesentlichen Biomasse, Solar-energie, Wasser und Wind) haben im ersten Halbjahr 2016 etwa 424 GWh (Gesamtjahr 2015: 774 GWh) zur Eigenerzeugung beigetragen. Im Verhältnis zum Verbrauch aller Tarifkunden im Konzessionsgebiet beträgt die regenerative Energieerzeugung rund 113 Prozent (2015: 100 Prozent). Das Ziel von SWH, bis zum Jahr 2020 den Strombedarf aller Tarifkunden im Konzessionsgebiet bilanziell durch erneuerbare Energien zu decken, ist damit vorzeitig erreicht.

	Stromerzeugung		Installierte Leistung	
	in GWh		in MW	
	1. Halbjahr		1. Halbjahr	
	2016	2015	2016	2015
Erneuerbare Energien	424	774	240	240
KWK*	1.322	2.243	684	684

* Stromerzeugung in Anlagen, die nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden.

Contracting. Im Contracting sind 71 erdgasbetriebene BHKW Anlagen mit einer Gesamtleistung (bezogen auf den Anteil von SWH) von 5,7 MW elektrisch (MWel) und 9,3 MWth im Einsatz.

Biomassennutzung. Zum 30. Juni 2016 ist SWH über die Tochterunternehmen enercity Contracting GmbH, Hannover, (eCG) und Danpower GmbH, Potsdam, (Danpower) sowie die Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen, (EPL) an insgesamt 71 Biomasseanlagen, davon 36 Biogasanlagen, 35 Holzfeuerungsanlagen, wovon sechs Anlagen Strom erzeugen, vier Klärgas- und einer Grubengasanlage sowie einem Ersatzbrennstoffkraftwerk beteiligt. Unter Berücksichtigung der Ersatzbrennstoffanlage in Bitterfeld ist SWH eine erneuerbare Jahresstromproduktion von etwa 564 GWh aus diesen Anlagen zuzurechnen. Auf Grund der durch die EEG-Novellierung veränderten Rahmenbedingungen sind in Deutschland keine wirtschaftlich tragfähigen Neubau-Projekte mehr möglich. In den baltischen Staaten bestehen Wachstumschancen auf Basis von Biomasse.

3.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Entwicklung Personalbestand. Der Personalbestand ist im Wesentlichen aufgrund altersbedingten Ausscheidens von Mitarbeitenden gesunken. Der Rückgang der Zahl der Auszubildenden ist auf diejenigen Auszubildenden zurückzuführen, die im ersten Halbjahr 2016 ihre Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen haben.

Insgesamt hat sich der Personalbestand bei SWH wie folgt entwickelt:

	30.06.2016	31.12.2015
Mitarbeitende gesamt	2.441	2.510
Kaufmännische Auszubildende	24	30
Technische Auszubildende	81	98
Auszubildende gesamt	105	128

4 Darstellung und Analyse der Lage

Unternehmensinternes Steuerungssystem. Die Basis für die interne Steuerung bei SWH sind die Steuerungsgrößen EBIT und ROCE. Das EBIT beschreibt das operative Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern. Die Steuerungskennzahl ROCE ist eine Kapitalrendite vor Steuern. Der ROCE misst den nachhaltig aus dem operativen Geschäft erzielten Erfolg auf das eingesetzte Kapital und zeigt wie effektiv und profitabel SWH mit dem eingesetzten Kapital wirtschaftet. Er setzt das EBIT in Relation zu dem durchschnittlichen Capital Employed des Geschäftsjahres. Das Capital Employed spiegelt das im Unternehmen gebundene und zu verzinsende Kapital wider. Es ergibt sich aus der Bilanzsumme abzüglich des nicht zinstragenden Kapitals. Bei SWH zählen hierzu im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Rückstellungen und Steuerrückstellungen sowie erhaltene Zuschüsse. Im Sinne einer wertorientierten Unternehmenssteuerung verfolgt die SWH-Unternehmensführung einen ROCE, der über den Verzinsungsansprüchen

der Kapitalgeber liegt. Auf Grundlage des langfristigen Unternehmenskonzeptes wird die Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals festgelegt.

Auf die einzelnen Fachbereiche von SWH werden Budgets zu Investitionen sowie Kosten und der EBIT im Zielvereinbarungsprozess heruntergebrochen. Dem Vorstand wird über die Entwicklung der Steuerungsgrößen Bericht erstattet.

Darüber hinaus dient zur internen Steuerung und als Indikator für den Erfolg eines Geschäftssegments das EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen). Die Darstellung der Geschäftsparten sowie Art und Umfang der gegebenen Informationen erfolgt nach dem Management Approach und gliedert sich in die Sparten „Strom“, „Gas“, „Wasser“, „Wärme“ und „Dienstleistungen“.

4.1 Ertragslage

Die Ertragslage des ersten Halbjahrs 2016 stellt sich wie folgt dar:

Ertragslage (Kurzfassung)	01.01.–	01.01.–	Veränderung	
	30.06.2016	30.06.2015	in TEUR	in Prozent
	in TEUR	in TEUR		
Umsatzerlöse	1.046.726	1.301.490*	-254.764	-19,6
Materialaufwand	/.	1.119.895*	-260.320	-23,2
Rohertrag¹⁾	187.151	181.595	5.556	3,1
Personalaufwand	/.	101.742	438	0,4
Übrige betriebliche Aufwendungen	/.	36.209*	-963	-2,7
Übrige betriebliche Erträge ²⁾	+	17.430*	-4.614	-26,5
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	+	63.881*	4.414	6,9
EBITDA	130.836	124.955	5.881	4,7
Abschreibungen (inkl. Zuschreibungen)	/.	44.247*	11.110	25,1
EBIT	75.479	80.708	-5.229	-6,5
Zinsergebnis	+	-16.346	417	-2,6
Ergebnis vor Steuern	59.550	64.362	-4.812	-7,5
Ertragsteuern	/.	1.762*	-335	-19,0
Erfolgsunabhängige Steuern	/.	1.167	0	0,0
Ergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf Genussscheine	56.956	61.433	-4.477	-7,3
Gewinnabführung	/.	53.505*	-8.180	-15,3
Ausschüttung auf Genussscheine	/.	1.928*	-297	-15,4
Einstellung in Gewinnrücklagen	/.	6.000	4.000	66,7
Bilanzgewinn	0	0	0	

¹⁾ Ohne Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen und andere aktivierte Eigenleistungen.

²⁾ Inklusive Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen und anderer aktivierter Eigenleistungen.

* Anpassung der Vorjahreswerte zur Vergleichbarkeit (siehe hierzu Anhang).

Die SWH erwirtschaftete den Gesamtumsatz im Wesentlichen im Inland. Dabei stellt das Konzessionsgebiet das wesentliche Absatzgebiet für Endkunden dar.

Umsatzerlöse. Im ersten Halbjahr 2016 hat die SWH Umsatzerlöse von 1.046,7 Mio. EUR (Vorjahr: 1.301,5 Mio. EUR) erwirtschaftet. In der Sparte Strom, welche mit einem Anteil von 48,3 Prozent (Vorjahr: 53,3 Prozent) am Gesamtumsatz weiterhin die größte Sparte ist, wurden Erlöse in Höhe von 505,6 Mio. EUR (Vorjahr: 694,1 Mio. EUR) erzielt. Die Stromerlöse mit Kunden in Höhe von 263,7 Mio. EUR (Vorjahr: 361,2 Mio. EUR) und aus Stromhandelsgeschäfte in Höhe von 114,6 Mio. EUR (Vorjahr: 199,9 Mio. EUR) trugen im Wesentlichen zu den Erlösen der Stromsparte bei. Der Rückgang der Stromerlöse mit Kunden ist auf geringere Absatzmengen durch Kundenverluste zurückzuführen. Die Erlöse in der Sparte Gas in Höhe von 375,3 Mio. EUR (Vorjahr: 418,4 Mio. EUR) entfallen in Höhe von 183,3 Mio. EUR (Vorjahr: 213,6 Mio. EUR) auf Gashandelsgeschäfte. Der Absatz an Kunden führte zu Umsätzen in Höhe von 133,5 Mio. EUR (Vorjahr: 155,9 Mio. EUR). Der Rückgang der Gaserlöse mit Kunden ist trotz der kühleren Witterung auf durch Kundenverluste geringere Absatzmengen zurückzuführen. Die Gassparte ist mit einem Anteil an den gesamten Umsatzerlösen von 35,9 Prozent (Vorjahr: 32,2 Prozent) die zweitgrößte Sparte der SWH. Die Erlöse der Sparten Wasser (42,2 Mio. EUR; Vorjahr: 40,7 Mio. EUR) und Fernwärme (45,8 Mio. EUR; Vorjahr: 47,4 Mio. EUR) beinhalten hauptsächlich Erlöse aus der Lieferung von Wasser und Fernwärme an Kunden im Konzessionsgebiet. Die Fernwärmeerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr trotz witterungsbedingt gestiegenen Absatzmengen preisbedingt leicht gesunken. Die Umsatzerlöse im Dienstleistungsbereich (77,8 Mio. EUR; Vorjahr: 100,9 Mio. EUR) entfallen insbesondere auf den Verkauf von Kohle an Kraftwerksgesellschaften, Erlöse aus Betriebsführungen und Nebengeschäfte. Der starke Rückgang der Erlöse aus Dienstleistungen resultiert hauptsächlich aus einer Abnahme von Kohleverkäufen an die Kraftwerksgesellschaften.

Materialaufwand. Die Materialaufwendungen, die im Wesentlichen Bezugskosten für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme enthalten, betragen insgesamt 859,6 Mio. EUR (Vorjahr: 1.119,9 Mio. EUR). Hiervon entfallen 337,7 Mio. EUR (Vorjahr: 450,6 Mio. EUR) auf Aufwendungen im Zusammenhang mit Strom- und Gashandelsgeschäften. Von Gemeinschaftskraftwerken wurden Strom und Wärme in Höhe von 106,0 Mio. EUR (Vorjahr: 124,3 Mio. EUR) bezogen. Zudem wurden EEG-Ausgleichszahlungen in Höhe von 103,0 Mio. EUR (Vorjahr: 144,6 Mio. EUR) und Netznutzungsentgelte in Höhe von 116,4 Mio. EUR (Vorjahr: 135,4 Mio. EUR) geleistet. Die Konzessionsabgabenzahlungen an Städte und Gemeinden im Konzessionsgebiet der SWH entsprechen den diesen Verpflichtungen zugrunde liegenden absatz- beziehungsweise Umsatzentwicklungen. Sie wurden in voller Höhe erwirtschaftet und betragen 22,6 Mio. EUR (Vorjahr: 22,9 Mio. EUR). Korrespondierend mit der Entwicklung der Umsatzerlöse haben neben den gesunkenen Aufwendungen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften insbesondere gesunkene Aufwendungen für den außerbörslichen Strombezug (218,3 Mio. EUR; Vorjahr: 313,5 Mio. EUR) zum Rückgang der Materialaufwendungen insgesamt beigetragen. Da insgesamt der Materialaufwand leicht stärker als die Umsatzerlöse gesunken ist, verbesserte sich der Rohertrag um 5,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

Personalaufwand. Der Personalaufwand beläuft sich aufgrund der tarifvertraglichen Entgelterhöhungen - trotz der gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt zurückgegangenen Mitarbeiteranzahl - auf 102,2 Mio. EUR (Vorjahr: 101,7 Mio. EUR).

Übrige betriebliche Aufwendungen und Erträge. Die übrigen betrieblichen Aufwendungen (35,2 Mio. EUR; Vorjahr: 36,2 Mio. EUR) sowie die übrigen betrieblichen Erträge (12,8 Mio. EUR; Vorjahr: 17,4 Mio. EUR) betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Dienst- und Fremddienstleistungen, Mieten, Pachten und sonstige Nutzungsentgelte sowie Erträge aus Erstattungen, Zuschüssen und dem Verbrauch von Rückstellungen.

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen. Der Anstieg des Ergebnisses um 4,4 Mio. EUR auf 68,3 Mio. EUR resultiert bei kaum veränderten Zinserträgen aus Ausleihungen (1,5 Mio. EUR; Vorjahr: 1,4 Mio. EUR) aus einem gestiegenen Beteiligungsergebnis (64,3 Mio. EUR; Vorjahr: 60,5 Mio. EUR). Ursache hierfür sind die im Gegensatz zum Vorjahr leicht gestiegenen Erträge aus Beteiligungen aus der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München, und der Danpower. Das Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen hat sich nur leicht verändert.

Abschreibungen. Die Abschreibungen in Höhe von insgesamt 55,4 Mio. EUR (Vorjahr: 44,2 Mio. EUR) beinhalten mit 31,9 Mio. EUR (Vorjahr: 20,6 Mio. EUR) Abschreibungen auf Beteiligungen, davon entfallen 28,2 Mio. EUR (Vorjahr: 20,6 Mio. EUR) auf die Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover; (KWM). Die Abschreibung auf KWM spiegelt primär die schwierigen Marktbedingungen für die Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken wider.

Nach Bedienung des Genussscheinkapitals in Höhe von 1,6 Mio. EUR (Vorjahr: 1,9 Mio. EUR) würde sich ein entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der VVG abzuführender Gewinn von 45,3 Mio. EUR (Vorjahr: 53,5 Mio. EUR) ergeben. Ein Betrag von 10,0 Mio. EUR (Vorjahr: 6,0 Mio. EUR) wird zur Stärkung des Eigenkapitals in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

4.2 Finanzlage

Die Aufgliederung des Finanzbedarfs und dessen Deckung ergeben sich wie folgt:

	30.06.2016	30.06.2015
	in TEUR	in TEUR
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	41.080	75.138
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.729	7.316
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-10.997	-98.609
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	28.354	-16.155
Finanzmittelfonds am 01.01.	6.323	32.950
Finanzmittelfonds am 30.06.	34.677	16.795
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	30.06.2016	30.06.2015
Liquide Mittel	31.090	13.208
Wertpapiere des Umlaufvermögens	3.587	3.587
Finanzmittelfonds	34.677	16.795

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich entsprechend des Geschäftsverlaufs, insbesondere aufgrund der Reduzierung der operativen Verbindlichkeiten, verringert (41,1 Mio. EUR; Vorjahr: 75,1 Mio. EUR).

Die Rückgang des Cashflows aus der Investitionstätigkeit (-1,7 Mio. EUR; Vorjahr: 7,3 Mio. EUR) ergibt sich überwiegend aus den gesunkenen Mittelzuflüssen aus erhaltenen Zinsen und Dividenden (15,7 Mio. EUR; Vorjahr: 32,3 Mio. EUR). Dem gegenüber haben sich die insgesamt vorliegenden Mittelabflüsse für die Investitionstätigkeit in das Anlagevermögen vermindert (-17,4 Mio. EUR; Vorjahr: -25,0 Mio. EUR). Ursächlich hierfür sind bei gestiegenen Investitionsauszahlungen für das Sachanlagevermögen (25,9 Mio. EUR; Vorjahr: 17,5 Mio. EUR) der Mittelzufluss aus dem Finanzanlagevermögen (8,2 Mio. EUR; Vorjahr: -7,8 Mio. EUR).

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit (11,0 Mio. EUR; Vorjahr: 98,6 Mio. EUR) sind stark vermindert. Dies resultiert insbesondere aus geringeren Auszahlungen an die Anteilseigner und Genussscheininhaber und der im Vergleich zum Vorjahr erfolgten geringen Aufnahme von Krediten.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungs- und Investitionstätigkeit konnten durch die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit mehr als gedeckt werden, sodass der Finanzmittelfonds um 28,4 Mio. EUR (Vorjahr: -16,2 Mio. EUR) zugenommen hat.

4.3 Vermögenslage

Die Bilanzstruktur der SWH stellt sich wie folgt dar:

Bilanz (Kurzfassung)	30.06.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent
Anlagevermögen	1.231.400	1.269.145	-37.745	-3,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.466	10.032	434	4,3
Sachanlagen	398.141	407.139	-8.998	-2,2
Finanzanlagen	822.793	851.974	-29.181	-3,4
Umlaufvermögen inkl. RAP	321.900	253.672	68.228	26,9
Vorräte	42.108	53.598	-11.490	-21,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	242.949	191.120	51.829	27,1
Wertpapiere und flüssige Mittel	34.677	6.323	28.354	>100,0
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	2.166	2.631	-465	-17,7
Bilanzsumme Aktiva	1.553.300	1.522.817	30.483	2,0
Eigenkapital	459.227	449.227	10.000	2,2
Zuschüsse	95.995	94.199	1.796	1,9
Rückstellungen	189.312	187.906	1.406	0,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	622.000	612.000	10.000	1,6
Sonstige Verbindlichkeiten	184.684	177.805	6.879	3,9
Rechnungsabgrenzungsposten	2.082	1.680	402	23,9
Bilanzsumme Passiva	1.553.300	1.522.817	30.483	2,0

Die Bilanzsumme der SWH ist gegenüber dem 31. Dezember 2015 um 30,5 Mio. EUR auf 1.553,3 Mio. EUR gestiegen. Der Anstieg der Aktiva resultiert aus einem gegenüber dem gesunkenen Anlagevermögen stärker gestiegenen Umlaufvermögen. Auf der Passivseite stiegen primär das Eigenkapital und die Verbindlichkeiten.

Aktiva. Das Anlagevermögen hat sich um 37,7 Mio. EUR vermindert. Der Buchwert der Sachanlagen ist dabei hauptsächlich aufgrund der Abspaltung von Sacheinlagen in eine Tochtergesellschaft gesunken. Der abspaltungsbedingte Zugang bei den Finanzanlagen wurde durch Abgänge und Abschreibungen überkompensiert, weshalb es zu einem gesunkenen Finanzanlagevermögen gekommen ist. Die Wertminderung ergab sich hauptsächlich aufgrund der weiterhin schwierigen Marktbedingungen für die Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken.

Das Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr um 68,2 Mio. EUR beziehungsweise 26,9 Prozent gestiegen. Das Vorratsvermögen hat sich hauptsächlich aufgrund der Abgabe von Emissionszertifikaten um 11,5 Mio. EUR auf 42,1 Mio. EUR verringert. Gegenläufig haben sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände insbesondere in Folge gestiegener Forderungen gegen Beteiligungen aus den laufenden Leistungsbeziehungen und Ergebnisabführungen/-ausschüttungen um 51,8 Mio. EUR erhöht. Zudem stieg der Bestand an flüssigen Mitteln stichtagsbedingt an.

Passiva. Das Eigenkapital hat sich durch die teilweise Einstellung des Ergebnisses zum 30. Juni 2016 in die Gewinnrücklagen um 10,0 Mio. EUR erhöht. Insgesamt hat sich die Eigenkapitalquote damit leicht auf 29,6 Prozent (Vorjahr: 29,5 Prozent) verbessert.

Die Verbindlichkeiten sind insgesamt gegenüber dem 31. Dezember 2015 um 16,9 Mio. EUR auf 806,7 Mio. EUR gestiegen. Dieser Anstieg wird im Wesentlichen durch die Aufnahme von Bankverbindlichkeiten verursacht.

4.4 Gesamtaussage zur Lage

Kennzahlen zur Gesamtlage	30.06.2016	30.06.2015	Veränderung in Prozent
	in TEUR	in TEUR	
durchschnittliches Capital Employed	1.218.362	1.212.653	0,5
EBIT	75.479	80.708	-6,5
ROCE	6,2 %	6,7 %	-6,9
Net Debt	590.910	640.392	-7,7
EBITDA	130.836	124.955	4,7
Ratio Net Debt/EBITDA	4,5	5,1	-11,9

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1.046,7 Mio. EUR (Vorjahr: 1.301,5 Mio. EUR) wurden unverändert insbesondere in den Sparten Strom und Gas erzielt. Die Materialaufwendungen in Höhe von 859,6 Mio. EUR (Vorjahr: 1.119,9 Mio. EUR) führen zu einem Rohertrag in Höhe von 187,1 Mio. EUR (Vorjahr: 181,6 Mio. EUR). Das EBIT („Earnings before Interest and Taxes“ = Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsergebnis) der SWH beträgt für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2016 75,5 Mio. EUR und liegt damit um 6,5 Prozent beziehungsweise um 5,2 Mio. EUR unter dem EBIT zum 30. Juni 2015 (80,7 Mio. EUR). Da das durchschnittliche Capital Employed (1.218,4 Mio. EUR; Vorjahr: 1.212,7 Mio. EUR) leicht gestiegen ist, ergibt sich ein zum Vergleichszeitraum gesunkener ROCE („Return on Capital Employed“) von 6,2 Prozent (Vorjahr: 6,7 Prozent). Das Halbjahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf die Genussscheine liegt bei 57,0 Mio. EUR (Vorjahr: 61,4 Mio. EUR).

Das Net Debt ist zum 30. Juni 2016 gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum aufgrund gesunkener Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und gesteigener flüssiger Mittel um 7,7 Prozent beziehungsweise um 49,5 Mio. EUR auf 590,9 Mio. EUR zurückgegangen. Der gleichzeitige Anstieg des EBITDA um 4,7 Prozent beziehungsweise 5,9 Mio. EUR auf 130,8 Mio. EUR ergibt eine Verbesserung der Halbjahres-Ratio um 11,9 Prozent auf 4,5. Auch für die Ratio zum Jahresende wird eine leichte Verbesserung erwartet.

Insgesamt zeigt sich im ersten Halbjahr 2016 unter weiterhin schwierigen Marktbedingungen eine Entwicklung auf Basis der Planung für 2016. Es wird von einer nahezu auf Vorjahresniveau liegenden Ertragslage ausgegangen.

5 Nachtragsbericht

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 hat SWH die restlichen Geschäftsanteile in Höhe von 10,0 Prozent an der Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover, mit Kaufvertrag zum 12. Juli 2016 erworben. Im zweiten Halbjahr 2016 soll der Geschäftsbetrieb auf SWH verschmolzen und durch diese weitergeführt werden.

6 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

6.1 Erwartete Entwicklung von SWH

Für Aussagen hinsichtlich der erwarteten künftigen Entwicklung von SWH, der Ertrags- und Finanzlage sowie der relevanten wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen als wesentliche Einflussfaktoren wird grundsätzlich auf die Ausführungen im letzten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 verwiesen.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird ein leicht über Planniveau liegendes Jahresergebnis erwartet.

Grundsätzlich basieren im Rahmen der Prognoseberichterstattung getroffene zukunftsgerichtete Aussagen auf den gegenwärtigen Annahmen und Einschätzungen der Unternehmensleitung zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Zwischenlageberichts und sind daher grundsätzlich Ungewissheiten und dem Risiko unterworfen, dass die tatsächliche Geschäftsentwicklung sowie die Ertrags- und Finanzlage der SWH im Ergebnis von der prognostizierten Entwicklung abweichen können.

6.2 Chancen- und Risikobericht

Für die Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken wird unverändert auf den Lagebericht der SWH zum 31. Dezember 2015 verwiesen.

Das aufgezeigte Risiko eines anhaltenden Strompreisverfalls bleibt von besonderer Bedeutung für die zukünftige Ertragsentwicklung in der Produktion. Zudem wird das Risiko einer überplanmäßigen Beteiligungsabwertung der KWM verstärkt im Fokus des Risikomanagements verankert. Aus laufenden Betriebsprüfungen der Speichergesellschaft GHG-Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg, (GHG) besteht das Risiko von Steuernachzahlungen. Dieses resultiert aus der zeitlichen Verlagerung von Ergebniseffekten in dem Prüfungszeitraum. Das Risiko wirkt aufgrund der Verpflichtungen des mit GHG geschlossenen Speichervertrages direkt auf SWH. Die Wirtschaftlichkeit der Speichervermarktung kann zudem durch rückläufige Preisunterschiede zwischen Sommer- und Wintergasmengen beeinträchtigt werden. Unterjährig wurden darüber hinaus Risikomeldungen zu diesen Sachverhalten ausgelöst: „Unterlassungsforderungen der Verbraucherzentrale und potentielle monetäre Auswirkungen auf die Nebenerlöse aus Mahn- und Inkassokosten“, „Negative Ergebnisauswirkung durch Bildung von zusätzlichen Drohverlustrückstellungen im Falle der Versagung von bestehenden Bewertungseinheiten zu Darlehen und Zinsswaps“.

Ansonsten hat die Unternehmensleitung keine neuen Erkenntnisse darüber, dass sich die im letzten Lagebericht abgegebenen wesentlichen Prognosen und sonstigen Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens für das laufende Geschäftsjahr wesentlich verändert haben. Gegenwärtig wurden somit keine Risiken identifiziert, die in Anbetracht ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Auswirkungen weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Die Unternehmensleitung geht weiterhin davon aus, dass die Ertragskraft des Unternehmens eine solide Basis für die künftige Geschäftsentwicklung bildet.

Hannover, den 15. August 2016

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Bilanz zum 30. Juni 2016

Aktiva in TEUR	30.06.2016	30.06.2016	31.12.2015
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		10.466	10.032
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	30.846		40.898
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	12.715		13.422
3. Verteilungsanlagen	272.298		277.330
4. Technische Anlagen und Maschinen	39.781		41.726
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.313		6.795
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	36.188		26.968
		398.141	407.139
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	136.888		157.811
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	157.421		167.102
3. Beteiligungen	500.426		500.426
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.857		11.857
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	15.488		13.946
6. Sonstige Ausleihungen	713		832
		822.793	851.974
		1.231.400	1.269.145
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.478		13.261
2. Unfertige Leistungen	2.260		1.394
3. Waren	36.370		38.943
		42.108	53.598
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	324.021		349.436
abzüglich erhaltene Anzahlungen	-208.932		-242.344
	115.089		107.092
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	53.757		55.357
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	55.605		976
4. Sonstige Vermögensgegenstände	18.498		27.695
		242.949	191.120
III. Wertpapiere			
Eigene Genussscheine	3.587		3.587
		3.587	3.587
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
		31.090	2.736
		319.734	251.041
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		2.166	2.631
		1.553.300	1.522.817

Passiva in TEUR	30.06.2016	30.06.2016	31.12.2015
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	86.000		86.000
II. Kapitalrücklage	78.535		78.535
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	289.579		279.579
IV. Genussscheinkapital	5.113		5.113
		459.227	449.227
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse			
		10.114	9.140
C. Empfangene Baukostenzuschüsse			
		85.881	85.059
D. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	21.489		21.586
2. Sonstige Rückstellungen	167.823		166.320
		189.312	187.906
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	622.000		612.000
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	54.692		56.601
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	62.778		74.404
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.471		11.932
5. Sonstige Verbindlichkeiten	54.743		34.868
davon aus Steuern: TEUR 3.786 (31.12.2015: TEUR 7.277)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 4 (31.12.2015: TEUR 0)			
		806.684	789.805
F. Rechnungsabgrenzungsposten			
		2.082	1.680
		1.553.300	1.522.817

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 30. Juni 2016

in TEUR				1. Halbjahr 2016	1. Halbjahr 2015	
1. Umsatzerlöse (brutto)				1.098.466	1.367.138 *	
abzüglich Energiesteuer				-51.740	-65.648	
				1.046.726	1.301.490	
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen				865	326	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen				2.737	2.263	
4. Sonstige betriebliche Erträge				9.214	14.841 *	
				1.059.542	1.318.920	
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren				-674.032	-923.524	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
davon Konzessionsabgabe	in TEUR	-22.586	(Vj.: TEUR	-22.922)	-185.543	-196.371 *
				-859.575	-1.119.895	
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter				-80.655	-80.447	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				-21.525	-21.295	
				-102.180	-101.742	
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen				-23.468	-23.660	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-35.246	-36.209 *	
				-1.020.469	-1.281.506	
9. Betriebsergebnis				39.073	37.414	
10. Erträge aus Beteiligungen						
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	8.162	(Vj.: TEUR	6.542)	64.282	60.489 *
11. Auf Grund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne nach Abzug von Dividenden an außenstehende Gesellschafter	in TEUR	63	(Vj.: TEUR	99)	5.674	9.859
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	1.351	(Vj.: TEUR	1.299)	1.464	1.419
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge						
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	144	(Vj.: TEUR	130)	1.949	1.420
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen				-31.889	-20.587 *	
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-3.125	-7.886	
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
davon an verbundene Unternehmen:	in TEUR	-13	(Vj.: TEUR	-4)	-17.878	-17.766
				20.477	26.948	
17. Ergebnis vor Steuern				59.550	64.362	
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				-1.427	-1.762 *	
19. Ergebnis nach Steuern				58.123	62.600	
20. Sonstige Steuern				-1.167	-1.167	
21. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn				-45.325	-53.505 *	
22. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital				11.631	7.928	
23. Ausschüttung auf Genussscheinkapital				-1.631	-1.928 *	
24. Jahresüberschuss				10.000	6.000	
25. Einstellung in andere Gewinnrücklagen				-10.000	-6.000	
26. Bilanzgewinn				0	0	

*Anpassung der Vorjahreswerte zur Vergleichbarkeit

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Verkürzter Anhang für das erste Halbjahr 2016

1 Allgemeine Angaben

Der verkürzte Zwischenabschluss der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft (Stadtwerke Hannover AG) zum 30. Juni 2016 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes sowie des Energiewirtschaftsgesetzes aufgestellt worden. Das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) wurde im Berichtsjahr umgesetzt. Wesentliche Auswirkungen bei der Anwendung des BilRUG ergeben sich aufgrund der Neudefinition der Umsatzerlöse bei den Umsatzerlösen, den sonstigen betrieblichen Erträgen, dem Materialaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Des Weiteren wurde die unterjährige Bilanzierung des Finanzanlagevermögens sowie deren Erträge verändert. Die Vorjahreswerte wurden dementsprechend angepasst.

Die Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, mit der am Amtsgericht Hannover eingetragenen Handelsregisternummer HR B-NR. 6766, hat ihren Sitz in Hannover.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Ausweis in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung folgt den handelsrechtlichen Gliederungsvorschriften. Gemäß § 265 Abs. 5 HGB wurde eine weitere Untergliederung von Posten vorgenommen, indem branchenspezifische und sonstige Posten im Sinne einer erhöhten Klarheit und Übersichtlichkeit hinzugefügt wurden. Für empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse erfolgt ein passivischer Ausweis in gesonderten Posten.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Dem verkürzten Zwischenabschluss zum 30. Juni 2016 wurden grundsätzlich dieselben Rechnungslegungsgrundsätze zugrunde gelegt, die auch auf den vorangegangenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 der Stadtwerke Hannover AG Anwendung fanden. Für eine Darstellung der maßgeblichen Bilanzierungs- sowie Bewertungsmethoden wird daher auf die Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015 verwiesen.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Neuregelung für die Ermittlung des Diskontierungssatzes gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 HGB umgesetzt. Durch die Umstellung werden zukünftig Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz, der sich im Falle von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und im Falle sonstiger Rückstellungen aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren ergibt, abgezinst.

Ertragsteuern wurden auf der Grundlage eines durchschnittlichen Ertragsteuersatzes in Höhe von 15,8 Prozent erfasst. Dieser wird auf die an die außenstehenden Aktionäre abzuführende Mindestdividende angewendet.

3 Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des ersten Halbjahres 2016 im Anlagenspiegel dargestellt. Hierfür verweisen wir auf die Anlage zu diesem Anhang.

Im laufenden Geschäftsjahr 2016 gab es keine unmittelbaren Beteiligungserwerbe und -verkäufe. Jedoch wurde Anfang Januar 2016 die enercity Immobilien GmbH & Co. KG, Hannover, (eIG), sowie die enercity Immobilienverwaltungs GmbH, Hannover, (eIVG), jeweils als 100-prozentiges Tochterunternehmen der Stadtwerke Hannover AG gegründet. Im Rahmen der Sachgründung der eIG wurden alle Bestandsimmobilien der Standorte Glocksee und Ricklingen zu Buch-

werten auf die Gesellschaft übertragen. Die Gründung der Komplementärin eIVG erfolgte durch Einzahlung des Stammkapitals in Höhe von 25 TEUR.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Mitzugehörigkeit der **Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen** zu anderen Posten der Bilanz stellt sich wie folgt dar:

Forderungen in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	30.06.2016	31.12.2015	30.06.2016	31.12.2015
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.057	5.808	1.091	972
Forderungen aus Finanzierungsverkehr	49.200	51.404	400	0
Forderungen aus Beteiligungserträgen	0	0	54.114	4
Forderungen aus Unternehmensverträgen	3.500	-1.855	0	0
Gesamt	53.757	55.357	55.605	976

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 86,0 Mio. EUR und ist eingeteilt in 17.200.000 Aktien im Nennwert von je 5,00 Euro, wovon die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) 12.914.742 Aktien hält.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage enthält den gesetzlichen Reservefonds in Höhe von unverändert 11,4 Mio. EUR.

Gewinnrücklagen

Aus dem Ergebnis des ersten Halbjahres 2016 wurden 10,0 Mio. EUR aus dem Jahresüberschuss in die Gewinnrücklagen eingestellt. Der ausschüttungsgespernte Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 2 Satz1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 6 S. 1 und 3 HGB für die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen beträgt zum 30. Juni 2016 1,5 Mio. EUR.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Personalrückstellungen (44,1 Mio. EUR; 31.12.2015: 49,4 Mio. EUR), Rückstellungen für die Rehabilitierung von Netzen und sonstigen Anlagen (34,1 Mio. EUR; 31.12.2015: 33,8 Mio. EUR), Rückstellungen für Drohende Verluste (27,5 Mio. EUR; 31.12.2015: 9,4 Mio. EUR) sowie Rückstellungen für ausstehende Bezugsrechnungen (16,5 Mio. EUR; 31.12.2015: 28,5 Mio. EUR).

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten in TEUR	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit			
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	622.000	45.000	577.000	410.000	167.000
(Stand 31.12.2015)	(612.000)	(35.000)	(577.000)	(410.000)	(167.000)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	54.692	54.692	0	0	0
(Stand 31.12.2015)	(56.601)	(56.601)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	62.778	62.778	0	0	0
(Stand 31.12.2015)	(74.404)	(74.404)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.471	12.471	0	0	0
(Stand 31.12.2015)	(11.932)	(11.932)	(0)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	54.743	54.743	0	0	0
(Stand 31.12.2015)	(34.868)	(34.868)	(0)	(0)	(0)
Gesamt	806.684	229.684	577.000	410.000	167.000
(Stand 31.12.2015)	(789.805)	(212.805)	(577.000)	(410.000)	(167.000)

Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	30.06.2016	31.12.2015	30.06.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten aus Gewinnabführung	45.325	40.237	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-6.805	35.751	216	-220
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsverkehr	23.367	-3.895	12.255	12.152
Verbindlichkeiten aus Verlustübernahme	891	2.311	0	0
Gesamt	62.778	74.404	12.471	11.932

Derivate

Die Stadtwerke Hannover AG setzen derivative Finanzinstrumente (Sicherungsinstrumente) zur Absicherung von zukünftigen Zahlungsströmen aus Darlehen und Wareneinkäufen (Grundgeschäfte) ein. Dafür werden als Sicherungsinstrumente Zinsswaps, Devisentermingeschäfte, Kohleswaps und Ölswaps abgeschlossen. Zur Absicherung werden sowohl Micro-, Macro- als auch Portfoliohedges und Vertragsportfolien nach IDW ÖFA 3 gebildet. Ein dokumentiertes, angemessenes und funktionsfähiges internes Risikomanagement wurde eingerichtet.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Aufgliederung der Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer) des Berichtsjahres nach Geschäftsbereichen ergibt sich wie folgt:

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen in TEUR	1. Halbjahr 2016	1. Halbjahr 2015
Strom*	505.588	694.148
Gas*	375.306	418.376
Wärme*	45.800	47.418
Wasser*	42.164	40.651
Dienstleistungen*	77.868	100.897
Gesamt	1.046.726	1.301.490

*Die Vorjahreswerte wurden aufgrund der Umsetzung des BilRUG angepasst

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen im Inland erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 2,7 Mio. EUR (1. Halbjahr 2015: 5,1 Mio. EUR) enthalten.

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen im Berichtszeitraum 6,1 Mio. EUR (1. Halbjahr 2015: 5,9 Mio. EUR).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1,2 Mio. EUR (1. Halbjahr 2015: 2,1 Mio. EUR) enthalten.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und Erträge enthalten 0,6 Mio. EUR (1. Halbjahr 2015: 0,0 Mio. EUR) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen.

Abschreibungen auf Finanzanlagen

Im ersten Halbjahr 2016 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 31,9 Mio. EUR (1. Halbjahr 2015: 20,6 Mio. EUR**) vorgenommen.

Auf die Tochtergesellschaft Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, ist im Berichtsjahr eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 28,2 Mio. EUR erfolgt (1. Halbjahr 2015: 20,6 Mio. EUR**). Der beizulegende Zeitwert der Gesellschaft beträgt - 2,1 Mio. EUR und liegt somit unter dem Buchwert von 42,4 Mio. EUR. Eine außerplanmäßige Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert nach § 253 Abs. 3 S.6 HGB wurde unterlassen, da die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist. Dies begründet sich darin, dass mit der Stilllegung der letzten Kernkraftwerke in Deutschland und dem Ausscheiden älterer konventioneller Kraftwerke zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit die Einführung einer Kapazitätsvergütung bzw. eine bessere Vermarktbarkeit konventioneller Kraftwerke erwartet wird. Daraus folgend ergibt sich bis zum Zeitpunkt der Stilllegung der Kernkraftwerke eine schlechte Ergebnisentwicklung aus der Kraftwerksvermarktung. Danach wird mit erheblich besseren Ergebnissen gerechnet, weshalb der beizulegende Zeitwert bis zum Stilllegungszeitpunkt der Kernkraftwerke zunächst wieder ansteigen wird.

Des Weiteren wurden Abschreibungen auf Finanzanlagen im Bereich der Speicherung vorgenommen.

**Die Vorjahreswerte wurden aufgrund der veränderten unterjährigen Bilanzierung des Finanzanlagevermögens und deren Erträge angepasst.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen wurden in Höhe von 3,6 Mio. EUR (1. Halbjahr 2015: 4,9 Mio. EUR) erfasst.

3.3 Angaben zum Halbjahresergebnis

Die Stadtwerke Hannover AG würde stichtagsbedingt entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag 45,3 Mio. EUR (1. Halbjahr 2015: 53,5 Mio. EUR**) an die VVG abzuführen. In diesem Betrag sind 7,7 Mio. Euro (1. Halbjahr 2015: 9,5 Mio. EUR**) Mindestdividende an außenstehende Aktionäre enthalten. Auf das Genussscheinkapital würde sich eine Ausschüttung von 1,6 Mio. EUR (1. Halbjahr 2015: 1,9 Mio. EUR**) ergeben. Der verbleibende Jahresüberschuss von 10,0 Mio. EUR (1. Halbjahr 2015: 6,0 Mio. EUR) wurde den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

**Die Vorjahreswerte wurden aufgrund der veränderten unterjährig bilanzierenden des Finanzanlagevermögens und deren Erträge angepasst.

3.4 Sonstige Angaben

3.4.1 Belegschaft

Im ersten Halbjahr 2016 waren durchschnittlich im Unternehmen 2.469 Mitarbeitende (1. Halbjahr 2015: 2.514 Mitarbeitende) beschäftigt. Die Mitarbeitenden verteilen sich dabei wie folgt:

	1. Halbjahr 2016	1. Halbjahr 2015
Mitarbeitende	2.469	2.514
davon Gehaltsempfänger	1.664	1.675
davon Lohnempfänger	698	737
davon Auszubildende	107	102

3.4.2 Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Haftungsverhältnisse

Gegenüber einem Kreditinstitut wurde für ein Darlehen der Danpower GmbH, Potsdam (verbundenes Unternehmen), eine Ankaufsverpflichtung von bis zu 5,0 Mio. EUR bis zum Zeitpunkt der Tilgung des Darlehens eingegangen. Zum Bilanzstichtag 30. Juni 2016 ist mit einer künftigen Inanspruchnahme aus dieser Ankaufsverpflichtung nicht zu rechnen. Die Verpflichtungen aus dem zugrunde liegenden Darlehen wurden von der Danpower GmbH bisher vertragskonform erfüllt. Darüber hinaus wurde gegenüber einem weiteren Kreditinstitut eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 0,3 Mio. EUR für eine Beteiligungsgesellschaft übernommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Infolge der langfristigen Anmietung des Verwaltungsgebäudes Ihmeplatz 2, Hannover, bestehen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von bis zu 4,5 Jahren in Höhe von 11,1 Mio. EUR. Des Weiteren liegt aufgrund der Anmietung des Kundencenter Ständehausstraße 6, Hannover, eine Mietverpflichtung mit einer Restlaufzeit von ebenfalls 4,5 Jahren in Höhe von 1,4 Mio. EUR vor.

Durch die Anmietung der Gebäude in den Standorten Ricklingen und Glocksee bestehen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von 9,5 Jahren in Höhe von 51,6 Mio. EUR (davon gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 51,6 Mio. EUR).

Darüber hinaus bestehen am Stichtag Verpflichtungen aus dem Pachtvertrag mit einer Restlaufzeit von 10,5 Jahren für das Strom- und Wasserversorgungsnetz sowie mit einer Restlaufzeit von 16,5 Jahren für das Gasversorgungsnetz mit den Netzgesellschaften Laatzen. Für das Wasser- und Stromnetz ist eine jährliche Mindestpacht mit einer Restlaufzeit von 10,5 Jahren von insgesamt 0,8 Mio. EUR vereinbart; der Pachtzins für das Gasnetz ist variabel. Im ersten Halbjahr 2016 sind Pachtaufwendungen von insgesamt 1,6 Mio. EUR entstanden.

Für Kfz-Leasing bestehen Verpflichtungen in Höhe von 0,1 Mio. EUR.

Aus Darlehenszusagen gegenüber Beteiligungsunternehmen bestehen finanzielle Verpflichtungen von insgesamt 46,9 Mio. EUR; davon wurden gegenüber den verbundenen Unternehmen Zusagen zu langfristigen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 46,9 Mio. EUR gemacht.

3.4.3 Konzernverhältnisse

Die Konzernverhältnisse haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

3.4.4 Prüfung des Halbjahresabschlusses

Der aufgestellte Halbjahresabschluss wurde nicht von einem Abschlussprüfer geprüft.

3.4.5 Nachtragsbericht

Die Stadtwerke Hannover AG hat mit Wirkung zum 1. Januar 2016 die restlichen Geschäftsanteile in Höhe von 10,00 Prozent an der Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover, mit Kaufvertrag zum 12. Juli 2016 erworben. Im zweiten Halbjahr 2016 soll der Geschäftsbetrieb auf die Stadtwerke Hannover AG verschmolzen und durch diese weitergeführt werden.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Zwischenabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Zwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Hannover, den 15. August 2016

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Dr. Zapreva-Hennerbichler

Noske

Westerholz

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Entwicklung des Anlagevermögens im ersten Halbjahr 2016

in TEUR	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Stand 30.06.2016	Abschreibungen					Stand 30.06.2016	Buchwerte		
	Stand 01.01.2016	Zugänge	Abgänge	Sacheinlage eIG	Um- buchungen		Stand 01.01.2016	Zugänge	Abgänge	Sacheinlage eIG	Um- buchungen		Zuschrei- bungen	Stand 30.06.2016	Stand 30.06.2016
I. Immaterielle Vermögensgegenstände															
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	59.561	186	58	11	2.369	62.047	49.529	2.118	58	8	0	0	51.581	10.466	10.032
II. Sachanlagen															
1.															
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	151.292	254	57	40.610	398	111.277	110.394	867	54	30.776	0	0	80.431	30.846	40.898
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	167.865	2	348	0	252	167.771	154.443	955	342	0	0	0	155.056	12.715	13.422
3. Verteilungsanlagen	1.423.576	4.144	3.470	0	5.868	1.430.118	1.146.246	14.892	3.318	0	0	0	1.157.820	272.298	277.330
4. Technische Anlagen und Maschinen	227.892	1.067	1.376	2.925	616	225.274	186.166	3.250	1.314	2.609	0	0	185.493	39.781	41.726
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	63.273	340	807	0	570	63.376	56.478	1.386	801	0	0	0	57.063	6.313	6.795
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26.968	20.081	0	788	-10.073	36.188	0	0	0	0	0	0	36.188	26.968	26.968
	2.060.866	25.888	6.058	44.323	-2.369	2.034.004	1.653.727	21.350	5.829	33.385	0	0	1.635.863	398.141	407.139
III. Finanzanlagen															
1.															
Anteile an verbundenen Unternehmen	275.460	10.966	0	0	0	286.426	117.649	31.889	0	0	0	0	149.538	136.888	157.811
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	167.102	1.096	10.777	0	0	157.421	0	0	0	0	0	0	0	157.421	167.102
3. Beteiligungen	506.087	0	0	0	0	506.087	5.661	0	0	0	0	0	5.661	500.426	500.426
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.857	0	0	0	0	11.857	0	0	0	0	0	0	0	11.857	11.857
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	13.946	1.542	0	0	0	15.488	0	0	0	0	0	0	0	15.488	13.946
6. Sonstige Ausleihungen	836	0	119	0	0	717	4	0	0	0	0	0	4	713	832
	975.288	13.604	10.896	0	0	977.996	123.314	31.889	0	0	0	0	155.203	822.793	851.974
	3.095.715	39.678	17.012	44.334	0	3.074.047	1.826.570	55.357	5.887	33.393	0	0	1.842.647	1.231.400	1.269.145